



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Reichsspiegel : (Vom 6. bis 13. August)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Reichs Spiegel

(Vom 6. bis 13. August)

Innere Politik

Die Katholikenversammlung in Mainz — Der Festzug — Zerfegung aller sittlicher Werte — Zerfegung der Kaisermacht — Die Konservativen und das Zentrum — Ein neuer Römerzug

Der Festzug der Katholikenversammlung in Mainz war die glänzendste äußerliche Machtkundgebung, die Deutschland seit Menschengedenken erlebt hat. Wohlgeordnet und sichtlich von einem stolzen Machtgefühl getragen, bewegten sich die Menschenwogen durch die ehrwürdig alte Stadt am Rhein, die von ihrer Geburt an die Kämpfe zwischen den Germanen und Römern sah und die heute wieder die Zeugin des unerloschenen Kampfes und der ungebrochenen römischen Macht geworden ist. Es ist, als ob Rom, nachdem es die Heereszüge der deutschen Kaiser ertragen mußte, dem neuen Deutschen Reiche heute in stauender Rückflut die Massen zurücksenden wollte. In dem Festzug der Katholikenversammlungen lebt alljährlich die ganze Tragik der deutschen Geschichte wieder auf, und niemals hat sich der fortwuchernde Zwiespalt zwischen der politischen Macht der Kirche und den politischen Rechten des Staates so fühlbar gemacht als auf dem Mainzer Katholikentage.

Außerlich dem Andenken an einen kraftvollen Bischof und der Verherrlichung seiner sozialpolitischen Wirksamkeit gewidmet, wurde er zu einer Huldigung für die Machtbestrebungen und die Politik der Kirchenregierung umgemünzt. Denn anders kann man die Reden der Bischöfe Kirstein und Faulhaber nicht auffassen, die in den Bischöfen die Führer des Volkes auch in weltlichen Dingen sehen und die Ehelosigkeit des Priestertums als den „Ritterschlag der Todesbereitschaft“ feierten. Dieser Gedankeninhalt springt nahezu ein Jahrtausend zurück und er knüpft an die Wende der deutschen Geschichte an, als die Oberhoheit der Kaiser über die Päpste erlosch und die Oberhoheit der Päpste über die weltlichen Staaten begann. Leider mußte es ein Deutscher sein, der ehemalige Mönch Hildebrandt und spätere Papst Gregor VII., der das Papsttum mit seiner die Jahrhunderte überdauernden Machtfülle ausstattete. Er riß das Priestertum von allen Banden der bürgerlichen Gemeinschaft los, er schuf jene geweihte Todesbereitschaft, und er gab mit seinem Kampf gegen die Belehnungsformel der geistlichen Fürsten als Reichswafallen das Zeichen zum Angriff gegen die staatlichen Rechte überhaupt.

Seitdem ist in der Verwaltung der römischen Kirche der religiöse Inhalt immer weiter zurückgetreten. Die bischöfliche Gewalt wurde durch die Beschränkung der Papstwahlen auf die kleine Schar der Kardinäle beseitigt. So erloschen die Nationalkirchen und über ihnen stieg die Papstherrschaft empor; die Entrechtung und Entwertung der Bischofsgewalt wurde fortgesetzt, bis sie unter dem neunten Pius auch in der Ausschaltung aus der Lehre durch die Lehramtsdiktatur des unfehlbaren Papstes ihren Abschluß fand. Die Bischöfe von heute tragen zwar noch die Zeichen ihrer Macht, aber sie sind nur willenlose Werkzeuge. Nach

oben hin sind sie nicht mehr als der geringste Laienbruder, der für seinen Orden betteln geht.

Seit jenen acht Jahrhunderten, als die Kaisermacht der Papstgewalt unterlag, setzt sich in der Verwaltung der katholischen Kirche und in ihrer ganzen öffentlichen Wirksamkeit der geist- und sinnverwirrende Dualismus der religiösen und politischen Begriffe fort, der schon an der Schwelle dieser neuen Zeit seinen Ausdruck in dem beschämenden Bußgang eines bedauernswerten, zu größeren Aufgaben fähigen und berufenen deutschen Kaisers fand. Er mußte sich beugen nach den Formen, die von der Kirche über Sünder, über die Freveler gegen sittliche Gebote verhängt wurden; aber er büßte für politische Handlungen. So wie jener für ein politisches Ziel verhängte Kirchenbann ein Mißbrauch der kirchlichen Amtsgewalt war, so ist in dem katholischen Kirchenregiment bis heute das Mittel der religiösen Macht über die Gläubigen, über die Völker immer wieder für weltliche Ziele wirksam gemacht worden, und die willenlose Unterwerfung großer katholischer Massen in Deutschland unter die Autorität der entrechteten Bischöfe spricht auch jenen unglücklichen Kaiser noch von dem Vorwurf der Charakterschwäche frei.

Der sonst kampfgeübte Mann war ungefeilt gegen den Geist der Unwahrhaftigkeit und den Mißbrauch sittlicher Machtmittel für selbstische Zwecke. Aber jener geschichtliche Vorgang, der durch die Jahrhunderte wie ein Fanal in unsere Zeit hineinleuchtet, ist mehr als ein bloßes Symbol; in seinem Gegensatz zu den heutigen Zeiten ist er ein untrüglicher Beweis für die seit acht Jahrhunderten angestiftete Verwirrung der Begriffe. Der gebannte König fand seine treuesten Anhänger in den Bischöfen seiner Zeit — nur fünf hielten zum Papst — und in der Bürgerschaft der Städte. Das waren andere Bischöfe und das war ein anderes Volk. Das Streben mächtiger deutscher Fürsten, die Lehensrechte des Reiches zugunsten eines juristisch auf dem sachenrechtlichen Standpunkte aufgebauten unabhängigen dynastischen Besitzes zu schaffen, lockerte in Deutschland die Macht des Kaisertums und des staatlichen Oberlehensrechts. Diese Bewegung benutzte der Papst, um mit Hilfe der deutschen Fürsten und durch Aneignung dieser auflehnenen Rechtsauffassung für die geistlichen Fürstentümer in der Vernichtung der Kaisergewalt den ganzen Staat unter die päpstliche Herrschaft zu zwingen. Der Investiturstreit mißbrauchte eine äußerliche Form für einen materiellen Angriff. Rechtlich war die Übergabe von Ring und Stab an die geistlichen Fürsten genau dasselbe wie die Investitur der weltlichen Fürsten mit dem Schwert; die verschiedenen äußeren Zeichen waren nur Zufallsmerkmale für die Inhaber, deren Träger in den Zeichen ihrer kirchlichen Würde nicht mit den Ämtern, sondern mit den Ländern belehnt wurden. Gerade aber die Diener der Kirche, die Bischöfe, und mit ihnen das freie Bürgertum der Städte widersetzten sich dieser Übertragung einer kirchlichen Herrschaft auf das weltliche Gebiet in der Voraussetzung der jetzt geschichtlich als Tatsache bestätigten Befürchtung, daß eine geistliche Macht über die Völker in ihrem Anspruch auf weltliche Herrschaft keine Grenze finde. Die heutigen Bischöfe, die das Laienapostolat fordern, sind selber nur Laien, denn sie haben keinen Anteil mehr am Lehramt, geschweige denn an der Verwaltung der Kirche, und sie sind neuerdings unter dem zehnten Pius sogar in ihrem Disziplinarrecht über ihren eigenen Diözesanklerus zugunsten der Zentralgewalt noch weiter beschränkt worden. Einem solchen Episkopat ohne

Mart und Knochen, ohne die Kraft und den Willen nationaler Ziele kann kein Staat der Welt einen über das Gebiet der sittlichen Volkserziehung hinausgehenden Einfluß gestatten, weil er sonst im eigenen Herzen eine zweite Staatsautorität für das landfremde Papsttum aufrichten würde.

Wir ersehen aus der Geschichte der mittelalterlichen Kämpfe zwischen Kaisermacht und Papstherrschaft, wie die schwimmenden Rechtsbegriffe und die Verquickung kirchlicher Machtmittel mit weltlichen Zielen den Siegeszug der römischen Cäsaren im Priestergewande kennzeichnen. Dieser Dualismus der Begriffe lebt in den Katholikentagen fort. Sie erheben den Anspruch, als Versammlungen der religiösen Gemeinschaft anerkannt zu werden. Aber wo ist die religiöse und kirchliche Verwaltungsfrage, über die gesprochen wird oder auch nur gesprochen werden dürfte. Nur staatliche und bürgerliche Interessen bilden den Inhalt der Verhandlungen, bei denen alle Einrichtungen der Kirche vom Pontifikalamte bis zum Rosenkranze zur Anwendung kommen und bei der in dem sinnverwirrenden Weihrauchdampf der religiösen Formen die Macht der Kirche über den Staat immer neu und immer kräftiger befestigt wird. Nur leise flackert da und dort das Verständnis für die logische Unhaltbarkeit der ineinander geschobenen Interessen auf; so in dem Widerspruch gegen die Resolution, daß „im Namen der Nächstenliebe“ die mittelständischen Erwerbszweige unterstützt werden sollen. Die praktische Folge dieses Beschlusses müßte dazu führen, daß mit Weihwedel und Wasserkessel der Eintritt zu den Warenhäusern verwehrt würde. Aber auf Kosten der inneren Wahrheit und der Logik wurde diese Resolution doch angenommen.

Wären die Katholikentage das, was sie scheinen wollen, Versammlungen der religiösen Gemeinschaft, so würden selbst die Andersgläubigen ihnen mit der Achtung begegnen, die eine Einzelpersönlichkeit und auch eine Gesamtpersönlichkeit beanspruchen können. Aber weil sie es nicht sind, sondern Römerzüge gegen den Staat und sein Recht, so erheben den lautesten Widerspruch gegen diese sinnverwirrende und unwahrhaftige Verklitterung der Begriffe gerade diejenigen Katholiken, die in der Kirche die Pflanz- und Pflegestätte sittlicher Anschauungen und eines geläuterten Lebens erblicken, wie jene Bischöfe des Mittelalters, die treuesten Stützen des erlöschenden fränkischen Kaiserhauses. Der Weg zur Macht des Papsttums ist gekennzeichnet durch die Verachtung sittlicher Werte wie der Männer-treue und selbst der kindlichen Liebe in Heinrich dem Fünften, der zu seines Vaters Lebzeiten auf päpstliches Gebot gegen ihn kämpfte und ihn nach seinem Tode noch neun Jahre in Speier über der Erde verwesen ließ, bis der Papst den Mann von ihm löste und seinem Gebein endlich die wohlthätige Ruhe des Grabes zuteil wurde. Ein unheiliger Geist hielt seinen Einzug in die Kirche und sein Siegeslauf ist gekennzeichnet durch die Unterwerfung der Staaten und die völlige Willenslosigkeit der Massen einschließlich aller Grade der kirchlichen Würdenträger. Die Fähigkeit, aus dieser Fessel anders als durch Katastrophen frei zu werden, ist erloschen, weil das Prinzip der Entwicklung durch die Diktatur des Papstes als oberster Herr und als höchster Lehrer der Kirche völlig beseitigt ist. Nur auf politischem Gebiete haben diese zusammengepreßten Massen das Recht der Bewegungsfreiheit und nur auf diesem Gebiete verlangen auch die Schattens-bischöfe der Gegenwart ein Bestimmungsrecht über ihre Herde, das ihnen die Verwaltung der eigenen Kirche versagt.

Der Sieg der doppelwährigen Politik der Päpste, die mit dem Truggold religiöser Wirksamkeit politische Macht einhandelt, ist in Deutschland in höchster Vollendung erreicht worden, nachdem sich auch Andersgläubige aus politischen Machtbestrebungen seinem Gedankeninhalt angepaßt haben. Denn ist es nicht der höchste Triumph des Papsttums und zugleich die erschütterndste Tragik des deutschen Volkes, daß die in den konservativen Reihen vereinigten Mitglieder der evangelischen Kirche, obgleich aus dem Geiste des Lutherschen Kampfes für die Wiederherstellung der organischen Entwicklung auch in den religiösen Gemeinschaften geboren, ihre geistige Verwandtschaft mit dem religiös und kirchlich unfruchtbaren, aber politisch furchtbaren Zentrum betonen und im politischen Leben auch wirksam gemacht haben. Die Führer der Katholikentage erkennen viel besser das Wesen dieses politisch organisierten Katholizismus als die im politischen Kampf erblindeten Nachkömmlinge des Protestantismus, jener großartigsten Bewegung für die Geistesfreiheit. Graf Galen hat ausdrücklich einen größeren Einfluß auf politischem Gebiet verlangt und Abgeordneter Marx forderte mit Dringlichkeit die Abschaffung der ohnehin eng genug begrenzten Simultanschulen, weil sie die Macht der Kirche zur Willensunterdrückung in Glaubenssachen nicht mitmachen. Das alles sind politische Forderungen, nirgends ist ein Anhauch religiöser oder sittlicher Bestrebungen, und dieses Ziel wird von den Kämpfern für das religiöse Prinzip der Entwicklung aus äußerlichen Berührungsmarkmalen noch gefördert. Will man den Geist und die Wirkung der Katholikentage, den unheilvollen Einfluß einer landfremden Comorra auf unser nationales Staatsleben in seinem tiefsten Inhalt erfassen, so muß man seinen Blick durch die geschichtlichen Erfahrungen schärfen und die Entwicklungsreihe der Machtkämpfe durch und für das Papsttum von der Schwelle an durch die Jahrhunderte verfolgen, dann gewinnt man auch ein Verständnis dafür, daß der Festzug in der ehrwürdig alten Stadt am Rhein nichts anderes war als — ein neuer Römerzug.

Heinrich Flach-Berlin

Freihandel oder Schutzzoll — Wandel der Meinungen — Notwendigkeit freier Entwicklung — Vuck über den Bund der Landwirte — Stellung der Konservativen — Die deutsche Industrie am Scheidewege

Zu den am häufigsten gehörten Klagen über den Charakter des deutschen Volkes gehört die, daß der einzelne trotz des gesteigerten Selbstbewußtseins viel zu viel von der Einwirkung des Staates erwartet und daß als erster Ruf in allen Nöten und Sorgen des öffentlichen und des wirtschaftlichen Lebens gewöhnlich der nach dem Eingreifen der Gesetzgebung ertönt. Das Gefühl der Gemeinsamkeit und die Überzeugung, daß das Organ der Allgemeinheit, der Staat, überall fördernd und schützend in Tätigkeit zu treten habe, ist eben so ziemlich Gemeingut aller Bevölkerungsschichten geworden. Darauf beruht die ganze Sozialpolitik und ihr fortgesetzter Ausbau, darauf beruht auch die seit Jahren von einer immer größeren Wählerschar getragene Politik des Schutzes der nationalen Arbeit gegen ausländische Konkurrenz. Als Deutschland noch in unzählige Vaterländer geteilt war und kein einheitliches, geschlossenes machtvolleres Wirtschaftsgebiet vorhanden war,

als also die Notwendigkeit vorlag, partikularistische Schranken niederzureißen und Vorurteile zu beseitigen, als ferner neue wirtschaftliche Formen sich allmählich zur Geltung durchdrangen, da hatte das deutsche Volk, besonders in seinen aufstrebenden Wirtschaftsgliedern, mit Recht die Forderung nach Beseitigung nicht mehr zeitgemäßer wirtschaftlicher Grundsätze erhoben und die Freiheit der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung verlangt. Das vollzog sich in stark doktrinärer Form, die ja unter ähnlichen Umständen auch in der Entwicklung anderer Völker zu beobachten ist, dem deutschen Volk aber als besonders eigentümlich nachgesagt wird. In dem Parlament des eben geeinten Reiches konnte deshalb Herr v. Behr-Schmellow die Aufhebung der Eisenzölle mit der Begründung beantragen: „Axiome, meine Herren, beweist man nicht! Ich meine aber, daß der Satz: ‚Das Eisen muß zollfrei sein!‘, mir und auch den weitesten Kreisen des Vaterlandes ein Axiom geworden ist.“ Denn neben der Erkenntnis von den Interessen der Landwirtschaft lebte damals wirklich in den Köpfen der Kreise des Herrn v. Behr und darüber hinaus der Glaube an das Dogma oder Axiom des Freihandels.

Aber welcher gründliche Wandel ist nicht in dieser Hinsicht eingetreten! Das Hinauswachsen Deutschlands auf den Weltmarkt, die immer mehr zunehmende Vielgestaltigkeit seiner Industrie, die Ausdehnung seines Innen- und Außenhandels, die Blüte der deutschen Landwirtschaft, die gewaltigen Verkehrsvereinfachungen und -verbesserungen und nicht zuletzt die gesteigerte allgemeine Bildung haben eine so gründliche Beschäftigung mit den wirtschaftlichen Problemen herbeigeführt, daß in den Reihen der Praktiker Schutzoll und Freihandel längst keine Axiome mehr sind, sondern nur noch reine Interessenfragen, die auf der allgemeinen anerkannten Grundlage ausgekämpft werden, daß der Staat seinen Angehörigen jeden möglichen mit dem Gedeihen der deutschen Volkswirtschaft verträglichen Schutz gegen Konkurrenz von außen und jede zulässige aktive Förderung angedeihen lassen muß. Auf dem Standpunkt, daß der Staat in wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Fragen die Hände in den Schoß legen soll, steht heute überhaupt keine bürgerliche Partei mehr. Grundsätzlich teilt auch die Sozialdemokratie diese Ansicht, leider wird sie durch eine reine Klassenpolitik des Industriearbeiterturns und dann durch gänzlich außerhalb der wirtschaftspolitischen Fragen liegende Momente theoretisch und praktisch zu falschen Schlüssen getrieben. Als feststehend darf betrachtet werden, daß heut in Deutschland sowohl das Prinzip der Sozialpolitik wie das des Schutzes der nationalen Arbeit allgemein anerkannt sind. Strittig ist nur, wie weit im einzelnen der Schutz zu gehen hat, und ob einzelne Erwerbszweige als für den Staat besonders wertvoll einen gesteigerten Schutz auch dann noch erhalten sollen, wenn etwa andere Erwerbszweige dadurch stark beeinträchtigt oder gar in ihrem weiteren Gedeihen völlig gefährdet werden.

Von diesem Streit sind wir schon jetzt, mehrere Jahre vor der Neuregelung unseres Zolltarifes, vollständig erfaßt. Mit rücksichtsloser Folgerichtigkeit und unter ungeheurem Kraftaufwand ist der Bund der Landwirte bestrebt, das System des Schutzes der landwirtschaftlichen Produktion gegen ausländischen und auch gegen inländischen Wettbewerb auszubauen. Der Bund der Landwirte oder wenigstens seine Führer werden dabei von dem Gedanken geleitet, daß die Landwirtschaft der vornehmste und wertvollste Produktionszweig sei, und deshalb Rücksicht zu beanspruchen habe, ob andere Produktionszweige darunter zu leiden haben oder nicht.

Er hat sich dabei in eine rabiate Feindschaft gegen die großen Städte und gegen den Handel, gegen den modernen Verkehr und auch gegen die Industrie, die ihm nach seiner Ansicht die Arbeiter wegnimmt und zur Rücksicht auf den Weltmarkt und die internationalen Zusammenhänge zwingt, hineinverirrt. Aus dem ursprünglichen Wähler und Verfechter der wirtschaftlichen Interessen der landwirtschaftlichen Produktion ist er der Träger eines ganzen politischen Systems und einer eigenen agrarisch-tellurischen Weltanschauung und Kultur geworden. Von der unvermeidlichen Weiterentwicklung der neuen Wirtschaftsformen fürchtet er die schwerste Benachteiligung, ja den Untergang unseres Volkes und stemmt sich deshalb bewußt und absichtlich gegen die moderne Entwicklung. Von den auf dem Boden der gegenwärtigen Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung stehenden Schichten unseres Volkes ist sonach der Bund der Landwirte mit seinen überzeugten Anhängern der einzige grundsätzliche Gegner des modernen, auf Industrie, Handel und Verkehr basierenden Wirtschaftssystems. Alle anderen bürgerlichen Parteien, soweit ihre Anhänger eben nicht überzeugte Jünger des Bundes der Landwirte sind, bemühen sich, den Ansprüchen des neuen Deutschlands gerecht zu werden, zwar auf verschiedenen Wegen, aber an dem ehrlichen Willen ist nicht zu zweifeln.

Dieses ist die augenblickliche Lage, mit der Industrie, Handel und Gewerbe in Deutschland zu rechnen haben. Auf ihre Gestaltung haben sie daher so einzuwirken, daß einerseits die allgemeine Grundlage für ihr Gedeihen, d. h. die notwendige freiheitliche Entwicklung ihnen gesichert, ferner ihnen derjenige Schutz gewährt wird, den sie gegenüber einer unter besseren Bedingungen und unter geringerer Belastung arbeitenden Auslandskonkurrenz nötig haben. Dabei ist zu berücksichtigen, daß alle Zweige des deutschen Erwerbslebens, also sowohl die Landwirtschaft wie das Gewerbe in engerem Sinne, wie die einzelnen Zweige der Industrie auf das engste in ihrem Gedeihen miteinander verknüpft und aufeinander angewiesen sind, und daß natürlich das Gewerbe nicht in denselben Fehler der Einseitigkeit verfallen darf, in den der Bund der Landwirte leider verfallen ist.

Die Bestrebungen, eine solche maßvolle, alle Bedürfnisse gerecht abwägende Wirtschaftspolitik zu führen, sind alt. Sie haben wiederholt zu Gründungen von Schutzorganisationen geführt, aber niemals einen vollen Erfolg gehabt, weil einerseits die Einsicht in die wirtschaftlichen Zusammenhänge noch nicht tief genug, andererseits der wirtschaftliche Egoismus des einzelnen Erwerbszweiges zu mächtig war, um dauernd in eine stoßkräftige Organisation eingeordnet werden zu können. Das jüngste und bedeutendste Unternehmen auf dem Gebiete, eine Organisation des auf das neue Deutschland angewiesenen gesamten Gewerbestandes zu schaffen, ist der Hansabund. Ihm gelang es gleich in den ersten Monaten seines Bestehens, eine starke, über das ganze Reich ausgedehnte, bis in die letzte Zweigorganisation mit eigenem Leben erfüllte Organisation zu schaffen und darin die gesamte Industrie, den Groß- und Kleinhandel, die Verkehrsgewerbe und das Handwerk zusammenzufassen.

Nach dem Vorhergesagten ist es ohne weiteres erklärlich, daß der Bund der Landwirte mit seiner agrarisch-tellurischen Weltanschauung vom ersten Tage ab ein heftiger und entschiedener Gegner des Hansabundes war und geblieben ist. Denn gerade die agrarisch-tellurische Weltanschauung kann die Oberhand nicht

behalten, wenn der deutsche Gewerbestand seinen Einfluß in einer ebenso großen und machtvollen Organisation geltend macht, wie die des Bundes der Landwirte ist. Nun liegt es in der Natur der Dinge, daß das einseitige Agrariertum dauernd die Oberhand nicht behalten kann, denn die wirtschaftliche Entwicklung des deutschen Volkes geht nach der entgegengesetzten Seite. Aber die Führer des Bundes der Landwirte suchen die innere Schwäche durch eine geschickte Taktik auszugleichen, indem sie den deutschen Gewerbestand zu zersplittern und einzelne Teile zu sich herüberzuziehen versuchen. Unter Anführung aller möglichen Erwägungen sowohl wirtschaftspolitischer wie allgemeinpolitischer Natur ist ihnen das auch vielfach gelungen. Aber sie haben ihre Erfolge in dieser Hinsicht niemals benutzt, um bessere Grundlagen für die Entwicklung von Gewerbe, Handel und Industrie im Inland wie im Ausland zu schaffen, sondern nur, um das agrarische System immer lückenloser auszubauen, und zwar mit großen wie mit kleinen Mitteln. Nur durch die Größe ihrer Erfolge für das agrarische System erklärt sich die Größe der Reaktion dagegen und das überraschend kräftige und schnelle Emporwachsen des Hansabundes.

Nach unablässiger und unbedenklich mit allen Mitteln betriebener Agitation ist es dem Bunde der Landwirte auch in der neuesten Entwicklungsphase unter geschickter Ausnutzung persönlicher Beziehungen gelungen, einen Teil der schweren Industrie von der großen Organisation des deutschen Gewerbestandes, dem Hansabunde, abzusplittern. Einige namhafte Industriekapitäne sind wankend gemacht und schließlich zu den früheren Mitkämpfern wieder zurückgezogen worden. Die Hoffnung allerdings, daß damit der Hansabund zusammenbrechen würde, oder wenigstens der größte Teil der Industrie zum Dienst an der agrarischen Weltanschauung zurückkehren würde, ist nicht in Erfüllung gegangen. Aber die Absicht geht dahin, die an der modernen Entwicklung interessierten Stände auseinander zu treiben und so ihren Einfluß in Gesetzgebung und Verwaltung nicht aufkommen zu lassen. Darüber kann doch niemand im unklaren sein, der die Geschichte des neuen Deutschen Reiches aufmerksam studiert.

Unser Volk ist danach in den Entscheidungskampf eingetreten, ob der modernen Entwicklung bewußt und in förderlicher Absicht der Weg freigemacht oder ob sie gehemmt werden soll, damit der Landwirtschaft die wirtschaftliche Vormachtstellung und dem rücksichtslosen Agrariertum der überragende politische und gesellschaftliche Einfluß erhalten bleibt. Die Industrie kann doch eigentlich gar nicht zweifelhaft sein, wohin sie in diesem auf dem Boden einer nationalen Gesinnung auszufechtenden Kampfe gehört. Es muß ihr doch daran gelegen sein, theoretisch und praktisch die volle Gleichberechtigung mit der Landwirtschaft zu erringen. Kein noch so dringendes Einzelinteresse kann so wertvoll sein, daß es diesen Gesichtspunkt verdunkeln dürfte.

Wenn nun trotzdem ein Teil des Zentralverbandes deutscher Industrieller die Schwenkung zum Landbunde hin vollzogen hat, so ist das um so erstaunlicher, als die Veranlasser dieser Schwenkung ja selbst das Wesen des Bundes der Landwirte in seiner heutigen Gestalt richtig erkannt zu haben scheinen. Herr Bueck, der frühere Generalsekretär des Zentralverbandes deutscher Industrieller, sagt in seiner Broschüre, die er zur Verteidigung der Schwenkung seiner Freunde geschrieben hat, auf Seite 18 von dem Bunde der Landwirte, dieser habe „mit

seiner demagogischen Agitation und den Übertreibungen einiger seiner Führer so wesentlich zur Erschwerung der politischen Verhältnisse in unserem Vaterlande beigetragen“. Ferner, er habe „alle, die für langfristige Handelsverträge eingetreten waren, als Feinde der agrarischen Bewegung angesehen und behandelt“. Auf Seite 22 weist Herr Bueck darauf hin, daß der Zentralverband mehrfach genötigt gewesen sei, die „übertrieben hohen vom Bunde der Landwirte für andere Lebensmittel und selbst für Rohstoffe der Industrie verlangten Zölle entschieden zurückzuweisen“.

Auf Seite 30 sagt Herr Bueck wörtlich:

„Es unterliegt nun keinem Zweifel, daß der Bund der Landwirte mit seinen Anschauungen über Wirtschafts- und Handelspolitik maßgebend für den allergrößten Teil der Konservativen ist, und daß der Bund mit dem von ihm für notwendig erachteten Schutz der Landwirtschaft die von den Interessen des Gemeinwohles gezogenen Grenzen mehrfach überschritten hat.“

Dazu kommt, daß Herr v. Heydebrand am 22. November 1910 in Herford folgendes Eingeständnis gemacht hat:

„Die Industrie bedarf einer Freiheitlichkeit der Entwicklung, zu der wir Konservative uns bei allem Wunsch einer freiheitlichen und fortschrittlichen Entwicklung, die wir brauchen in unserer Zeit, doch im vollen Maße kaum aufschwingen können. Wir werden von unserem konservativen Standpunkt kaum dazu gelangen, uns mit diesen Auffassungen ganz zu identifizieren.“

In anderer, positiver Form äußert Herr Bueck auf Seite 29 seiner Broschüre den gleichen Gedanken, indem er seinen Glauben ausdrückt, daß „von der übergroßen Mehrheit der Industriellen der gemäßigt liberale Gedanke nach Maßgabe der Entwicklung, die unsere gesamten Verhältnisse und Beziehungen nicht zum Besseren genommen haben, als die zu deren Gesundung führende politische Richtung anerkannt wird“.

Dennoch fordert Herr Bueck die Industrie auf, entschlossen mit den unter Führung des Bundes der Landwirte stehenden Konservativen zusammenzugehen, denn diese allein seien feste Stützen der bisherigen Wirtschaftspolitik.

Welche Wirtschaftspolitik ist nach Ansicht des Herrn Bueck nun gefährdet? Aus dem Vorhergesagten ergibt sich, daß der Grundsatz des ausreichenden Schutzes der nationalen Arbeit von keiner bürgerlichen Partei ernstlich bedroht ist. In Frage steht vielmehr nur, in welchen Portionen gleichsam der Schutz auf die einzelnen Erwerbszweige zu verteilen sei, ohne daß die Existenz anderer erschüttert wird oder das Ganze Not leidet. Bekämpft wird von dem ganzen im Hansabund zusammengeschlossenen Gewerbe nur eine einseitige, einen oder wenige Produktionszweige bevorzugende Schutzpolitik. Wenn jetzt Herr Bueck und seine Freunde sich von diesen Vertretern eines maßvollen, gerecht abwägenden Schutzes der nationalen Arbeit trennen und zu dem Bund der Landwirte oder den unter seinem „maßgebenden“ Einfluß stehenden Konservativen zurückkehren, so können sie damit doch nur bezwecken, die vom Bund der Landwirte betriebene Wirtschaftspolitik im Gegensatz zu dem anderen deutschen Gewerbe fortzuführen zu helfen. Sie geben die grundsätzliche und liebevolle Förderung der Industrie- und Gewerbepolitik preis, um die von Herrn Bueck als „demagogisch“ und „übertrieben“ empfundene Schutzpolitik des Bundes der Landwirte zu unterstützen.

Wir glauben nicht, daß die Herren bei der sonstigen allgemeinen Weltanschauung des Bundes der Landwirte und der ihm nahestehenden Konservativen dabei wirklich auf ihre Kosten kommen und ihre Sonderzollinteressen voll befriedigen können. Ganz sicher erscheint uns aber, daß die gesamte andere Industrie, die nicht zu dem Kreise der Herren Bueck, Rötger, Kirdorf, Lille usw. gehört, sich selbst auf das schlimmste schädigen würde, wollte sie sich der Führung der genannten Herren auch jetzt noch anschließen. Deutschland braucht ein blühendes Gewerbeleben, um seine zunehmende Bevölkerung ernähren zu können. Es braucht jene freiheitliche Anschauungsweise, zu der Herr v. Heydebrand und seine Freunde sich nach eigenem Eingeständnis niemals aufschwingen können. Es gebraucht die Exportmöglichkeit und es muß Nahrungsmittelpreise fordern, die für die arbeitenden Klassen, wie Staats- und Kommunalbeamte sowie Arbeiter erschwinglich bleiben und eine Steigerung ihrer Lebenshaltung bei angemessenen Löhnen ermöglichen. Da jährlich neunhunderttausend Menschen in das Gewerbe neu hineinströmen, so braucht es nicht nur den inneren Markt, sondern auch die Expansion nach außen. Wer diesen Forderungen nicht Genüge leisten will, ist kein Freund der Industrie und des Gewerbestandes. Die gesamte Industrie aber hat ein Interesse daran, daß die Grundanschauungen aller bürgerlichen Parteien sich entsprechend umformen und daß das bewußte Eintreten für die moderne Entwicklung ein ebenso unerläßliches Kennzeichen einer gerechten und gesunden Wirtschaftspolitik wird wie die Pflege der Landwirtschaft.

So wenig die Zugehörigkeit zu einer liberalen Partei das Bekenntnis zum Freihandelsdogma in sich schließt, so wenig erfordert konservative Gesinnung das Bekenntnis zu einem agrarischen Hochschutzzoll. Die Konservativen haben nicht immer unter dem Einfluß des Bundes der Landwirte gestanden, und dieser Zustand kann zurückgeführt werden. Die konservativ gerichteten Mitglieder des Zentralverbandes täten besser, den verhängnisvollen Einfluß des Bundes der Landwirte auf die Konservativen zu brechen, als aus der gemeinsamen Kampfreihe des deutschen Gewerbestandes auszuscheiden. So wie die Dinge jetzt liegen, gerät ja doch der Zentralverband, ob er will oder nicht, ebenso unter die Diktatur des Bundes der Landwirte, wie es mit dem überwiegenden Teil der Konservativen leider schon seit langem der Fall ist.

Auf diesem Wege kann die andere deutsche Industrie unmöglich folgen, wenigstens soweit sie sich nur von Erwägungen der eigenen wirtschaftlichen und staatsbürgerlichen Interessen leiten läßt. Die Stellungnahme des Zentralverbandes Deutscher Industrieller hat die gesamte deutsche Industrie vor die Entscheidungsfrage gestellt. Entschlußunsicherheit und unklare Haltung können diese Entscheidung nicht verzögern, sondern nur zuungunsten der modernen Entwicklung verschieben. Es ist deshalb Pflicht der Industrie gegen den Staat und gegen sich selbst, klare Stellung zu nehmen und entschlossen und unerbittlich die Gleichberechtigung mit der Landwirtschaft und die Zurückdrängung des einer rückschrittlichen Weltanschauung huldigenden Überagrariertums durchzusetzen, sonst muß das Vaterland und auch die deutsche Industrie Schaden erleiden. Bei der Wahl zwischen Zentralverband und Hansabund kann es deshalb nur heißen: Nie Hansabund!

Dr. Westreich

Bank und Geld

Situation der Börse — New-Yorker Deroute — Metallarbeiterstreit — Anlagen von Sparfassenkapitalien in Staatspapieren — Yorkshire Penny Bank — Preussisch-süd-deutsche Lotteriegemeinschaft

Die Börse hat während der sommerlichen Stille recht unbehagliche Tage zu überstehen. Kaum ist der Marokkoschrecken für das erste überwunden, so wird ihre Widerstandskraft durch Ereignisse anderer Art aufs neue der schärfsten Probe unterzogen. Vor allem übte der Preissturz an der New-Yorker Börse, der mit den kürzlich so geflüffentlich betonten günstigen Konjunkturnachrichten in auffälligem Widerspruch stand, naturgemäß eine starke Rückwirkung. Die Vorgänge in Wallstreet sind wie so oft in Dunkel gehüllt. Angeblich soll der Bericht des Ackerbauministeriums, welcher die Ernteausichten etwas schlechter klassifizierte, den Anstoß zu dem Ausfall gegeben haben. Dies scheint aber nur ein Vorwand. In Wahrheit ist die Ernte, wenn auch die anfangs so vorzüglichen Aussichten, genau wie bei uns, sich infolge von Hitze und Trockenheit etwas vermindert haben, eine den Durchschnitt noch weit überragende; die Situation der Industrie ist, wie der Auftragsbestand des Steel-Trust ausweist, in entschiedenem Aufschwung begriffen, das Geld ist billig — woher also diese plötzliche Börsenderoute? Man wird kaum fehlgehen, wenn man hier wieder die allmächtige Hand der Finanzmagnaten zu erkennen glaubt, die aus ganz bestimmten Gründen eine Börsendemonstration ins Werk zu setzen wünschten. Und auch über diese Gründe wird man nicht im Unklaren sein, wenn man sich erinnert, daß die Regierung augenblicklich wieder eine besondere Rührigkeit beim Vorgehen gegen die Trusts entfaltet. Sind doch seitens des Kongresses nicht weniger als vierundzwanzig Enqueten wegen Verfehlungen gegen das Verbot des zwischenstaatlichen Handels beschlossen worden! Solche Maßnahmen beunruhigen die Finanzkreise um so mehr, als sich auch im weiteren Verlauf der bisherigen Aktion der Regierung Schwierigkeiten ergeben haben, welche die Trustgewaltigen nicht vorausgesehen hatten. Die durch Urteil verfügte Auflösung der Standard Oil Co. wickelt sich nicht so einfach ab, wie man es damals glaubhaft machen wollte, als man das Aufsehen erregende Urteil zur Inszenierung einer Börsenhauße verwandte. Die Shares der Standard Oil haben schon vor dem augenblicklichen allgemeinen Preisfall einen Rückgang von über 60 Dollar erfahren, der offenbar eine Folge der mit der Liquidation verbundenen Maßregeln und insbesondere der Aufteilung der Aktien der Untergesellschaften war. Die Bewegung an der New-Yorker Börse ist also höchstwahrscheinlich in der Tat nur ein demonstratives Manöver, wie man deren schon so manche erlebt hat. Damit sinkt ihre Bedeutung für unsere inländischen Märkte erheblich herab und es ist anzunehmen, daß sie sich durch dieselbe kaum in so hohem Maße hätten beeinflussen lassen, wenn nicht noch andere ungünstige Momente auf sie eingewirkt hätten. Solche lagen aber in der Tat vor. Zu dem Riesenausstand der Londoner Dockarbeiter, welcher eine Zeitlang die Verproviantierung der Siebenmillionsstadt zu unterbinden drohte, gesellte sich eine Arbeiterbewegung im Inlande, die für unser Wirtschaftsleben nicht minder bedrohliche Aussichten bot: die Aussperrung im Metallgewerbe. Unter den Arbeitern des Metallgewerbes, welche eine der stärksten und wichtigsten Arbeiterorganisationen darstellen, gärt es seit

geraumer Zeit. Noch ist kein Jahr darüber hingegangen, seit die Streitigkeiten in der Wertindustrie, welche zu einer Aussperrung von sechzig Prozent aller Metallarbeiter zu führen drohten, mit Mühe und Not durch einen Vergleich beigelegt wurden, und schon wieder flackert die Flamme der Unzufriedenheit und des Streits zwischen Metallindustriellen und Arbeitern empor. Diesmal ist das Binnenland der Ausgangspunkt der Bewegung: die sächsisch-thüringische, so hoch entwickelte und auf dem Gebiete der Spezialmaschinenfabrikation augenblicklich stark und lohnend beschäftigte Metallindustrie hat die Aussperrung von 60 Prozent ihrer Arbeiter verfügt, und wenn es bisher auch weder zu Sympathiestreiks noch zu einer kooperativen Aussperrung in anderen Gebieten gekommen ist, so ist doch die Gefahr, daß die Bewegung weitergreift, keine geringe. Gerade die Metallindustriellen sind, wie frühere Beispiele gezeigt haben, einem solidarischen Vorgehen sehr geneigt, weil sie auf diese Weise die Unzufriedenheit am raschesten zu unterdrücken hoffen. Handelt es sich doch um rund 600 000 Arbeiter, deren auch nur notdürftige Unterstützung die Streikkassen im Nu leeren müßte. Auf der anderen Seite aber umfaßt die Metallindustrie mit die wichtigsten Zweige der gewerblichen Organisation: Elektrizitätsunternehmen, Maschinenfabriken, Eisengießereien und ähnliche Betriebe, so daß eine auch nur vorübergehende Lahmlegung derselben mit den schwersten wirtschaftlichen Schäden verbunden wäre. Hoffentlich ist das Bewußtsein von der Verderblichkeit eines solchen wirtschaftlichen Krieges auf beiden Seiten groß genug, um zu verhüten, daß zur Entscheidung einer bloßen Machfrage ein so gefährvolles Spiel getrieben wird. Man darf dies um so eher erwarten, als die sächsischen Fabrikanten in sachlicher Hinsicht zu Zugeständnissen geneigt sind. Lohnaufbesserung und Verkürzung der Arbeitsdauer sind aber schließlich doch von solcher Bedeutung für die Arbeiter, daß eine Befriedigung dieser Ansprüche wohl auch eine Zurückstellung anderer als Machfragen zu betrachtender Forderungen als möglich erscheinen läßt.

Die preussische Regierung wird anscheinend den vor einigen Jahren im Abgeordnetenhaus gescheiterten Gesetzentwurf über die Anlage der Sparkassenkapitalien in Staatspapieren in der nächsten Session in veränderter Form wieder einbringen. Wenigstens sind bereits den Sparkassen durch Vermittlung der Oberpräsidenten zwei Vorentwürfe zur gutachtlichen Äußerung zugegangen. Nach dem einen wird der Mindestbetrag des in Staatsanleihen anzulegenden Kapitals auf 20 Prozent, nach dem anderen auf 25 Prozent der Einlagebestände festgesetzt; im ersteren Fall soll der Oberpräsident zu einer im Verwaltungsweg anzuordnenden Erhöhung, im anderen Fall zu einer Ermäßigung um je 5 Prozent befugt sein.

Bekanntlich erstrebt die Regierung mit dieser gesetzlichen Regelung, die vor kurzem in ähnlicher Weise auch in Papieren stattgefunden hat, eine Einwirkung auf den Markt und den Kursstand unserer Staatsanleihen. Die Einlagebestände unserer Sparkassen stellen bedeutende Summen dar, in Preußen etwa 9, im Reich etwa 16 Milliarden. 20 Prozent dieser Summe und der jährlichen Zugänge von etwa 500 bis 600 Millionen würden freilich für den Markt einen ständigen Abfluß von solcher Höhe bedeuten, daß dadurch das schwimmende Material vollständig absorbiert werden müßte. Diese dauernde Reinigung des Marktes könnte alsdann, wenn nicht Störungen anderer Natur eintreten, die Basis für eine Aufwärts-

Bewegung unserer Staatspapiere abgeben. Es fragt sich aber, ob diesen Vorteilen nicht Nachteile für die Sparkassen selbst zur Seite stehen. An sich ist natürlich kein Bedenken dagegen zu erheben, wenn die Sparkassen in mäßigen Beträgen Staatsfonds zur Anlage ihrer Kapitalien verwenden. Mehr als es gut ist, haben sie sich der Anlage in Hypotheken und zwar in steigendem Maße in städtischen Hypotheken zugewandt. Das hat üble Folgen sowohl für die Liquidität der Kassen, wie für die Organisation des Realkredits. Einer Verschiebung in der Art und Weise dieser Anlagen könnte man also wohl das Wort reden. Daß aber auch hier Grenzen beobachtet werden müssen, lehrt in eindringlicher Weise der Fall der Yorkshire Penny Bank, welche dem Konkurs verfallen gewesen wäre, wenn nicht die gesamte englische Finanz eine Sanierungsaktion eingeleitet hätte. Genau wie die vor einigen Monaten zusammengebrochene Birbeck Bank, hat auch dieses Institut, — wie schon der Name besagt, eine Sparanstalt kleiner Leute — fast seine gesamten Einlagebestände in erstklassigen Wertpapieren, namentlich Konsols, angelegt. Dieser Wertpapierbestand belief sich auf nicht weniger als 15 Mill. Pfund, auf den das Institut infolge der Kursrückgänge einen Verlust von 600000 Pfund, also über 12 Mill. Mark erlitt. In beiden Fällen war also die ausschließliche Bevorzugung der Wertpapieranlage, trotz erstklassiger Qualität derselben, der unmittelbare Grund des Zusammenbruches. Aus diesen Vorgängen sollte man mindestens soviel lernen, den Sparkassen eine Wertpapieranlage nicht vorzuschreiben, ohne die Einrichtung eines Reservefonds für Kursverluste obligatorisch zu machen. Ferner aber gibt die Kursbewegung der englischen Staatsfonds, welche jenen Sparkassen solche Riesenerluste auferlegte, doch auch insofern zu denken, als daraus ersichtlich ist, daß selbst ein Standardpapier wie die englischen Consols nicht vor schweren Rückgängen geschützt ist, obwohl die Organisation des Marktes die denkbar beste ist. Für die Kursbewegung der Staatspapiere sind freilich auch die Marktverhältnisse, in erster Linie aber doch Gründe anderer Natur entscheidend, politische sowohl wie wirtschaftliche. Und aus der parallelen Bewegung der deutschen und englischen Fonds kann man entnehmen, daß hier wirtschaftliche Ursachen — da politische nicht in Frage kommen — diesseits wie jenseits des Kanals in erster Linie ausschlaggebend gewesen sind. Diese allgemein wirtschaftlichen Ursachen sind in dem starken Kapitalsbedürfnis von Handel und Industrie und dem dadurch bedingten Steigen des Zinsfußes zu suchen. Man darf daher auch nicht erwarten, daß die Käufe der Sparkassen einen dauernden Einfluß auf den Kursstand unserer Staatsfonds ausüben werden, soweit dieser eben nicht als ein Produkt der Marktverhältnisse anzusehen ist.

Nur mit gemischten Gefühlen wird man die Nachrichten von dem Abschluß der preußisch-süddeutschen Lotteriegemeinschaft aufnehmen können. Diese Klassenlotterie ist und bleibt ein bedauerlicher Fehler unserer Finanzwirtschaft, dessen Beseitigung aus Gründen der öffentlichen Moral unablässig gefordert werden muß, mag auch die heutige Auffassung solchen „Sentimentalitäten“ skeptisch lächelnd gegenüberstehen. Früher, und zwar noch zur Zeit der Gründung des Reichs war das Urteil über die Stellung des Staates zum Glücksspiel ein anderes, ein würdigeres. Man verbot die Prämienlotterien, man hob die Spielbanken auf, indem man von der Auffassung ausging, daß es sich nicht mit den Aufgaben der öffentlichen Gewalt vertrage, durch staatlich zugelassene Veranstaltungen zu anderen als zu Wohlfahrtszwecken die Spielsucht zu fördern und anzureizen. Es ist be-

dauerlich, daß nunmehr auch die süddeutschen Staaten, welche sich bisher von der Seuche des Lotteriespiels frei gehalten haben, der Verlockung erlegen sind, die in der Gewährung einer ganz kostenlosen Rente liegt. Spektator

Bücherliste

- Aus Natur und Geisteswelt:** Experimentelle Biologie. Von Dr. C. Theising. Leipzig, B. G. Teubner. M. 1.25.
- Aus Natur und Geisteswelt:** Die fleischfressenden Pflanzen. Von N. Wagner. Leipzig, B. G. Teubner. M. 1.25.
- Jäckh, Dr. Ernst:** Der aufsteigende Halbmond. Beiträge zur türkischen Renaissance. Berlin-Schöneberg, Buchverlag der „Gilde“. M. 5.—
- Kauffmann, Oscar:** Aus Indiens Dschungeln. Leipzig, Klinkhardt & Biermann. 2 Bände geb. M. 20.—
- Verworn, Max:** Die Erforschung des Lebens. Jena, Gustav Fischer. M. 0.80.
- Kroepelin, Hermann:** Harte Ehen. Berlin, S. Fischer. M. 4.—
- Wygodzinski, Prof. Dr. W.:** Das Genossenschaftswesen in Deutschland. Leipzig, B. G. Teubner. M. 6.—
- Voss, Richard:** Erden Schönheit. Stuttgart, J. G. Cotta'sche Buchhandlung. M. 2.50.
- Poincaré, Henri:** Der Wert der Wissenschaft. Deutsch von E. und S. Weber. II. Aufl. Leipzig, B. G. Teubner. M. 3.60.
- Kemmerich, Dr. Max:** Prophezeiungen. Alter, Aberglaube oder neue Wahrheit. München, Albert Langen. M. 5.—
- v. d. Fiorben, Th.:** Der dienstliche Verkehr und die Amtssprache. 3. Aufl. München, J. Schweizer Verlag. M. 2.70.

- v. Kralik, Richard:** Homeros. Ravensburg, Friedr. Alber. M. 5.50.
- Shaw, Bernard:** Dramatische Werke. 3 Bände. Berlin, S. Fischer. M. 10.—
- Goethe:** Faust. Berlin, Fritz Seyder.
- Eckermann, Johann Peter:** Gespräche mit Goethe in den letzten Jahren seines Lebens. (1823—1832). Berlin, Fritz Seyder.
- Homér:** Die Irrfahrten des Odysseus. Berlin, Fritz Seyder.
- Arnold, Ernst:** Der Malefizent und seine Fauner. Stuttgart, Francksche Verlagsbuchhandlung. M. 2.—
- Henne am Rhyn, Dr. Otto:** Illustrierte Religions- und Sittengeschichte aller Zeiten und Völker. Stuttgart, Strecker & Schröder. M. 3.—
- Estler, Prof. Dr. Ludwig:** Wörterbuch der Volkswirtschaft. In 2 Bänden. Bief. 8. Jena, Gustav Fischer. M. 2.50.
- Nausch, Albert S.:** Die Gedichte des Grafen August von Platen. Frankfurt a. M., Schirrmacher & Mahlau. M. 4.—
- Holzer, Marie:** Im Schattenreich der Seele. Leipzig-Gohlis, Bruno Bolger. M. 1.50.
- Hebbel, Friedrich:** Sämtliche Werke. Säkular-Ausgabe von R. W. Werner. I. Band. Berlin-Zehlendorf, B. Behrs Verlag. M. 2.50.
- Eisenmann, Alexander:** Elementartechnik des musikalischen Vortrages. Stuttgart, Albert Auer's Musik-Verlag. M. 1.20.
- Steiner, Dr. Paul:** Kantens Sammlung des Niederdeutschen Altertums-Vereins. Frankfurt a. M., Joseph Baer & Co.

Verantwortliche Schriftleiter: für den politischen Teil der Herausgeber **George Kleinow-Schöneberg**, für den literarischen Teil und die Redaktion **Heinz Amelung-Friedenau**. — Manuskriptsendungen und Briefe werden ausschließlich an die Adresse der Schriftleitung Berlin SW. 11, Bernburger Straße 22a/23, erbeten. — Sprechstunden der Schriftleitung: Montags 10—12 Uhr, Donnerstags 11—1 Uhr.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW. 11.

**Anzeigen-Aannahme für diesen Teil beim Verlag der Grenzboten G. m. b. H.,
Berlin SW. 11, Bernburger Straße 22a/23.**

Stellennachweis.

(Aus der Tages- und Fachpresse.)

Anfragen zu richten unter Beifügung von Rückporto an die Geschäftsstelle der Grenzboten, Berlin SW. 11.

A. Für Akademiker.

514. **Hauslehrer** (cand. phil.) f. 9jähr. Knaben, 1. 10., Medlbh.
515. **Hauslehrer** f. Untertercianer (Frz. u. Engl.), 1. 10. bis Ostern 12, Pommern.
516. **Hauslehrer** f. 2 Knaben (Quartaner u. Sextaner), 1. 11., Dittpr.
528. **Überlehrer** f. Realschule, Berlin, 1. 4. 12 (Mathematik und Naturw.)
529. **Überlehrer** f. Realgym., Berlin, 1. 4. 12 (Volle Lehrbefähig. im Frz., Engl., Deutsch. u. Latein).

B. Für Damen.

517. **Erzieherin**, ev. gepr., ält., f. 2 Knaben, 1. 10., Pommern.
518. **Erzieherin** f. 2 Mädchen (gut empfohlene), 1. 10., Pommern.
519. **Lehrerin**, staatl. gepr., f. 1 Mädch. (Klavierunterricht), 15. 10., Schleswig.
520. **Lehrerin**, staatl. gepr., f. 12 Mädch., 1. 10., Meckl.
521. **Lehrerin**, gepr. anspruchlos, f. 2 Mädchen (600 M.), Goldstein.
522. **Erzieherin**, ev., mus. erf., f. 3 Kinder, 1. 10. Rügen.
523. **Erzieherin**, ält., erf., f. 2 Mädchen (Klavier) 1. 10., Westpr.
524. **Erzieherin**, erf., energ., f. Quint. u. Quart., 1. 10., Westpr.
525. **Erzieherin**, evang., mus., f. 12jähr. Mädch., 1. 10., Pommern.
527. **Erzieherin**, ev., f. 3 Kinder (Frz. u. Engl.), 1. 10., Brandenburg.

Für vorstehende Inserate verantwortlich: **Karl Schulze** in Berlin-Schmargendorf.
Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW. 11, Dessauer Straße 87.